

Deutschlands zivile Industrie schrumpft, aber die Rüstungsproduktion wächst. Davon profitieren auch israelische Waffenkonzerne: Mit deutscher Fertigung, deutschen Partnern und öffentlichen Geldern finden ihre Systeme Zugang zum europäischen Markt – während Technologie und Kontrolle in Israel bleiben. Das deutsch-israelische Gemeinschaftsunternehmen EuroSpike zeigt exemplarisch, wie dieses Modell funktioniert. Ein Artikel von **Freddie Ponton**, aus dem Englischen übersetzt von **Maike Gosch**.

Der letzte Volkswagen wird 2027 das Werk in Osnabrück verlassen, wodurch mehr als 2.000 Beschäftigte davon abhängig werden, was an seine Stelle tritt ([s. dazu ausführlich hier](#)). Rafael, Israels staatliches Rüstungsunternehmen, möchte, dass an dieser Stelle die Waffenproduktion einsetzt und das Werk Ausrüstung für [Iron Dome](#) herstellt. Am 27. August [bestätigte](#) Volkswagen-Vorstandsvorsitzender Oliver Blume, dass die Verhandlungen fortgesetzt würden, während [Niedersachsen](#) und die Bundesregierung überlegten, wie sie zur Sicherung der Umstellung beitragen könnten.

Osnabrück ist aber kein Einzelfall. Vom brandenburgischen Werk für Drohnenabwehrsysteme über EuroSpike bis hin zu Deutschlands milliardenschweren „Arrow“-Verpflichtungen – in Israel entwickelte Waffen finden ihren Weg auf deutsche Fertigungsstraßen und in die deutsche Beschaffung. Dabei profitieren sie vom politischen Schutz, den ein deutscher Standort bietet. Die Kontrolle über die Technologie wandert jedoch nicht mit ihnen.

Sechshundert Kilometer östlich von Osnabrück ist dieselbe Umstellung bereits sichtbar. Die Arbeiter im Werk von Heidelberger Druckmaschinen in Brandenburg an der Havel bauten einst Druckmaschinen. Im April 2026 nahm ein neues Unternehmen namens [ONBERG](#) am Standort den Betrieb auf – mit dem Ziel, autonome Drohnenabwehrsysteme für Deutschland, die Ukraine und andere NATO-Staaten in Europa herzustellen und einzusetzen.

Die Fabrik und die Belegschaft kamen aus Heidelberg, während die Technologie von Ondas Autonomous Systems stammte, einem amerikanisch-israelischen Unternehmen, dessen Tochtergesellschaft Airobotics den „Iron Drone Raider“ entwickelte. Das System erhielt im Jahr 2023 einen [Zuschuss in Höhe von 540.000 US-Dollar](#) und im Jahr 2024 weitere [eine Million US-Dollar](#) von der Israel Innovation Authority. Der autonome Abfangjäger ist darauf ausgelegt, [feindliche Drohnen außer Gefecht zu setzen](#), wodurch ein deutsches Zivilunternehmen einen Platz in einem der am schnellsten wachsenden Militärmärkte Europas einnimmt. In der [Pressemappe](#) von Heidelberg wird ONBERG als industrielle Basis für integrierte autonome Sicherheitssysteme beschrieben.

Der Weg von der israelischen Entwicklung über eine amerikanische Muttergesellschaft hin zu einem etablierten deutschen Werk verschaffte Heidelberg ein Verteidigungsgeschäft und Airobotics einen besseren Zugang zum europäischen Markt von einem deutschen Standort aus. ONBERG hat seitdem eine [Absichtserklärung mit Skyeton](#) unterzeichnet, um ein weiteres Joint Venture am selben Standort zu prüfen, wodurch Brandenburg zu einer Plattform wird, über die weitere ausländische Militärtechnologie in die deutsche Produktion gelangen kann.

Rafael hatte bereits Jahre zuvor eine weiterentwickelte Version dieses Modells gebaut, und die Führungskräfte des Unternehmens äußerten sich ungewöhnlich offen darüber, was mit einem deutschen Firmennamen erreicht werden sollte. Die Erklärung des Rafael-Managers Tzvi Marmor hätte als Warnung dienen sollen, als er sagte, dass EuroSpike – Rafaels Joint Venture mit den deutschen Unternehmen Rheinmetall und Diehl – ein Marketingfenster öffnete, das es dem Unternehmen ermöglichte, [„geopolitische Zwänge“](#) auf ausländischen Märkten zu überwinden.

Deutsches Unternehmen für israelische Raketen

Auf dem Papier wirkt EuroSpike überwiegend deutsch. Das Unternehmen mit Sitz in Röthenbach an der Pegnitz in Bayern vertreibt Rafaels gelenkte Panzerabwehrraketen in ganz Europa und befindet sich zu 80 Prozent im Besitz von zwei der größten deutschen Rüstungshersteller. Diehl Defence und Rheinmetall Electronics halten jeweils [40 Prozent](#), während Rafael die restlichen 20 Prozent hält. Doch der Minderheitsaktionär liefert die in Israel entwickelte Raketentechnologie, von der das Geschäft abhängt. Diehl und Rheinmetall fertigen [Raketen, Abschussgeräte und Schlüsselkomponenten](#) in Deutschland, doch beide Unternehmen machen keinen Hehl aus der Herkunft der Waffen. Diehl bezeichnet EuroSpike als Programmgesellschaft für die Vermarktung von [„dem israelischen Spike-Typ“](#) von Lenkraketen in Europa, während Rheinmetall Spike LR als [„von Rafael hergestellt“](#) beschreibt.

Andere israelische Vertreter äußerten sich ebenso offen über den Zweck der Vereinbarung. Ein Vertreter des israelischen Verteidigungsministeriums mit direktem Einblick in die Beschaffungsverhandlungen bezeichnete – unter der Bedingung der Anonymität – die Darstellung der Geschäfte von Rafael als deutsche Transaktionen über EuroSpike als einen [klugen Schachzug](#) und als Vorbild für israelische Unternehmen, die mit europäischen Partnern zusammenarbeiten.

Im Oktober 2025, während Berlins teilweiser Stopp von Waffenexporten nach Israel noch in Kraft war, erklärte sich Deutschland bereit, über EuroSpike Spike-Raketen im Wert von

rund [zwei Milliarden Euro](#) zu kaufen. Das Verteidigungsministerium [gab den Kauf](#) Berichten zufolge am 21. Oktober bekannt, wobei der Vertrag von der [NSPA](#), der Beschaffungsagentur der NATO, abgewickelt wurde. Deutschland hatte den Export von Waffen eingeschränkt, die in Gaza eingesetzt werden könnten, doch über ein deutsches Unternehmen konnte es dennoch Milliarden Euro an eine zum Teil israelische Raketenfirma lenken.

„Spike“ gehörte zudem zu einer Rüstungsindustrie, die Systeme, die gegen Palästinenser eingesetzt wurden, als „kampferprobt“ oder „im Einsatz bewährt“ vermarktet hat – eine Praxis, die Antony Loewenstein in [The Palestine Laboratory](#) dokumentiert hat. Der israelische Filmemacher Yotam Feldman führte Rafaels Bericht über einen „Spike 4“-Test auf den [Bombenanschlag auf eine Abschlussfeier der Polizei in Gaza](#) zurück. Palästinensische Todesopfer waren zum Leistungsnachweis für eine im Ausland vermarktete Waffe geworden.

Der Weg über die NATO

Die NATO-Agentur für Unterstützung und Beschaffung (NSPA) beschafft Waffen und militärische Unterstützung für die Mitgliedstaaten, indem sie deren Bedarf bündelt. Es war diese Agentur und nicht das deutsche Verteidigungsministerium, die den Spike-Auftrag abwickelte.

Dieser Weg war nicht neu. Israel hatte sich bereits im Rahmen eines [Abkommens](#) Zugang zu NSPA-Ausschreibungen gesichert, bei dem rund 700 israelische Unternehmen registriert waren und das Geschäftsmöglichkeiten im Wert von 4,5 Milliarden US-Dollar eröffnen sollte. Das Abkommen verband die NSPA direkt mit SIBAT, der für die internationale Verteidigungszusammenarbeit zuständigen Stelle des israelischen Verteidigungsministeriums. Israelischen Medienberichten zufolge war das Abkommen das Ergebnis jahrelanger Verhandlungen und wurde erst nach einem Kompromiss mit der Türkei möglich, die zuvor den erleichterten Zugang für israelische Firmen blockiert hatte. Als Berlin im Jahr 2025 seine teilweisen Waffenbeschränkungen verhängte, war der Beschaffungsweg bereits offen.

Die mit dem Zwei-Milliarden-Euro-Raketenkauf Deutschlands betraute Behörde sah sich mit weitaus schwerwiegenderen Fragen konfrontiert als nur ihrer Rolle dabei, den Vertrag der bilateralen Kontrolle zu entziehen. Monate bevor die NSPA die Spike-Bestellung abschloss, leiteten belgische Staatsanwälte eine [multinationale Untersuchung](#) wegen des Verdachts auf Bestechung und manipulierte Verteidigungsaufträge ein, in die aktuelle und ehemalige Beamte der Behörde verwickelt waren. Die Ermittlungen richteten sich direkt auf das System, über das die NSPA Aufträge vergab. Der NATO-Generalsekretär [hob die Immunität](#)

von drei Beamten auf, damit die Ermittler fortfahren konnten, während das NATO-Hauptquartier und die NSPA eine [gemeinsame Task Force](#) bildeten. Die unter Untersuchung stehende Behörde sollte in den Jahren 2025 und 2026 fast zehn Milliarden Euro ausgeben. Die Ermittlungen würden bald auch die israelische Rüstungsindustrie erreichen.

Am 31. Juli [sperrte die NSPA Elbit](#) und dessen Tochtergesellschaft Orion Advanced Systems von der Teilnahme an neuen Ausschreibungen aus. Die Sperre betraf Aufträge mit einem gemeldeten Wert von etwa [100 Millionen Euro](#) und folgte auf das, was in einer internen Mitteilung als [schwerwiegende Vorwürfe](#) wegen Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsvergabe bezeichnet wurde. Eine grenzüberschreitende Untersuchung ergab, dass [13 Aufträge](#) Elbit oder Orion betrafen. RTL [berichtete](#), dass Mitarbeiter der Behörde intern Bedenken geäußert hätten und dass die NSPA-Führung die Ermittler davon abgehalten habe, diesen Vorwürfen nachzugehen. Elbit [bestritt](#) jegliches Fehlverhalten und widersprach Berichten über seine Ausschlussmaßnahme, während [The National](#) berichtete, dass gegen das Unternehmen selbst keine strafrechtlichen Ermittlungen liefen.

Drei Monate nach dem Ausschluss von Elbit von neuen Ausschreibungen schloss die NSPA über EuroSpike den [Zwei-Milliarden-Euro-Kauf](#) von Rafael-Spike-Raketen durch Deutschland ab, während ihr eigenes Vergabesystem weiterhin Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen war. Bis heute gibt es in dieser Untersuchung keine öffentlich zugänglichen Unterlagen, die darauf hindeuten, dass das Geschäft einer zusätzlichen Überprüfung unterzogen wurde.

Die Untersuchung schmälerte die Zuständigkeit der NSPA nicht. Neun Monate später weitete die NATO diese sogar noch aus. Auf ihrem [Gipfel in Ankara](#) im Juli 2026 kündigte das Bündnis neue Beschaffungen im Wert von mehr als 50 Milliarden US-Dollar sowie über [40 Milliarden US-Dollar](#) für Maßnahmen zur Bekämpfung von Drohnen über einen Zeitraum von fünf Jahren an. Ihre [Industriestrategie](#) machte die NSPA zur federführenden Organisation für multinationale Beschaffungen. Eine Behörde, deren Vergabesystem weiterhin Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen war, sollte nun im Zentrum des expandierenden Rüstungsmarktes der NATO stehen.

Die Einschränkungen aus Berlin hatten die Bestellung nicht verhindern können. Die Raketen trafen als Kauf von einem deutschen Unternehmen über die NATO ein, während die Auftragsvergaben der Behörde weiterhin Gegenstand von Ermittlungen waren. Deutschland stellte nicht nur den Markt und die Unternehmensidentität zur Verfügung. Es setzte auch öffentliche Gelder ein, um die Produktionskapazitäten hinter den von ihm gekauften israelischen Waffen auszubauen.

Bezahlung vor Lieferung

Arrow 3 ist ein israelisch-amerikanisches System, das dazu dient, ballistische Raketen außerhalb der Atmosphäre abzufangen.

Noch bevor Deutschland seine erste Batterie erhielt, waren bereits [560 Millionen Euro](#) an deutschen Steuergeldern für die Produktion in Israel gebunden worden.

Berlin präsentierte das System als oberste Ebene seiner „European Sky Shield Initiative“ und als dringende Antwort auf eine Lücke in der deutschen Raketenabwehr. Im Juni 2023 genehmigte der Haushaltsausschuss des Bundestages den Vorschuss in Höhe von 560 Millionen Euro. Deutschen Verteidigungsberichten zufolge ermöglichte die Zahlung den [Produktionsstart](#), noch bevor der vollständige Kauf abgeschlossen war.

Von [Reuters](#) geprüfte Beschaffungsunterlagen enthüllten, wer das Risiko tatsächlich trug. Sollte der Vertrag scheitern, könnte Israel den Vorschuss ganz oder teilweise einbehalten, um bereits entstandene Kosten zu decken. Israel Aerospace Industries (IAI) könnte mit deutschem Geld die Produktion aufnehmen, während Deutschland das Risiko eines Scheiterns trug.

Deutschland unterzeichnete später einen ersten [Vertrag über 3,5 Milliarden US-Dollar](#); eine weitere [Erweiterung um 3,1 Milliarden US-Dollar](#) im Dezember 2025 erhöhte das Gesamtvolumen auf rund 6,7 Milliarden US-Dollar. Die erste Batterie [wurde in diesem Monat](#) auf dem Luftwaffenstützpunkt Holzdorf in Brandenburg in Dienst gestellt, zweieinhalb Jahre nachdem der Vorschuss genehmigt worden war.

Ein für den Raum Kaufbeuren geplanter [zweiter „Arrow“-Luftabwehrstandort](#) wird zusätzliche Infrastruktur, geschultes Personal und fortlaufende Wartungsanforderungen mit sich bringen. Zu diesem Zeitpunkt kaufte Deutschland nicht mehr nur Abfangraketen, sondern begann, das System in seine Militärstützpunkte, die Personalausstattung und die langfristige Planung zu integrieren, wodurch die Beziehung zunehmend kostspieliger und schwerer rückgängig zu machen wurde.

Das „Iron Dome“-System könnte die israelische Beteiligung auf eine weitere Ebene des „European Sky Shield“ ausweiten. Rafael-Chef Yoav Turgeman [erklärte im Juni 2026](#), dass das Unternehmen das System in Deutschland produzieren würde, sollte Berlin sich dafür entscheiden. Ein deutsches Werk würde Arbeitsplätze und einen Produktionsstandort im Inland schaffen. Der öffentlich bekannt gegebene Vorschlag sah weder eine Eigentumsübertragung noch eine unabhängige deutsche Kontrolle über die Kerntechnologie

von „Iron Dome“ vor. Durch die lokale Produktion könnte israelische Technologie in die deutsche Industriebasis integriert werden, ohne dass geklärt wäre, ob Deutschland das System eigenständig entwickeln, modifizieren oder exportieren könnte.

Das EU-Programm „Security Action for Europe“, bekannt als [SAFE](#), bietet Verteidigungskredite in Höhe von bis zu 150 Milliarden Euro an, begrenzt jedoch im Allgemeinen den Anteil von Komponenten aus Ländern außerhalb der EU und ihrer förderfähigen Partner auf 35 Prozent ihrer Kosten. Luft- und Raketenabwehrsysteme müssen gemäß den [Kontrollvorschriften](#) von SAFE zudem ohne Einschränkungen durch ein Nicht-EU-Land modifiziert werden können. Eine deutsche Produktionslinie könnte Rafael helfen, die erste Voraussetzung zu erfüllen. Ob das Unternehmen auch die zweite erfüllen könnte, hängt davon ab, wie viel Kontrolle Rafael bereit wäre abzugeben.

Rafaels Bestreben, lokale Produktionsvereinbarungen zu schließen, geht über Deutschland hinaus. Rumänien ist ein weiteres Beispiel dafür, wie das Unternehmen industrielle Kooperationen genutzt hat, um seine Präsenz im NATO-Raum auszubauen. Im Juli 2025 unterzeichnete das Land über die staatliche Beschaffungsgesellschaft CN Romtehnica ein [Rahmenabkommen im Wert von 2,04 Milliarden Euro](#). Der erste Auftrag im Rahmen dieses Abkommens, der im Juni 2026 unterzeichnet wurde, betraf das Luftabwehrsystem [SPYDER](#) von Rafael, einschließlich Abschussvorrichtungen, Abfangraketen, Radarsystemen sowie Ausbildungs- und Logistikunterstützung. Rafael erklärte, das Programm werde [„eine umfassende industrielle Zusammenarbeit und lokale Fertigung in Rumänien“](#) beinhalten, während das rumänische Verteidigungsministerium bestätigte, dass ein Teil der Produktion und Montage im Land stattfinden werde.

Die industriellen Grundlagen waren bereits Jahre zuvor gelegt worden. Im Jahr 2018 unterzeichnete Rafael eine [Vereinbarung mit dem staatlich kontrollierten Luft- und Raumfahrtunternehmen Romaero](#), die die lokale Produktion und den Wissenstransfer für SPYDER, Iron Dome, C-Dome und Spike umfasste. Israelischen Medienberichten zufolge plante Rumänien, einen Teil des neuen SPYDER-Kaufs über [Hilfsprogramme der Europäischen Union](#) zu finanzieren. Um Zugang zu diesen Mitteln zu erhalten, müsste Rafael laut diesem Bericht rumänische und andere europäische Unternehmen in die Produktion einbinden.

Das rumänische Programm verbindet israelische Waffen mit lokaler Fertigung, heimischen Industriepartnern und potenziellem Zugang zu europäischen Finanzmitteln. Obwohl als nationale industrielle Kapazität dargestellt, bettet die Vereinbarung die Systeme und Lieferketten von Rafael in die rumänische Verteidigungsinfrastruktur ein und vertieft damit die Abhängigkeit, anstatt Souveränität aufzubauen.

Rafaels geplanter Einstieg in Osnabrück birgt für Deutschland das gleiche Risiko. Arrow 3 leitete deutsche Gelder in Produktionslinien in Israel um. Osnabrück könnte Rafael ein deutsches Werk, eine europäische Adresse und mehr als 2.000 Arbeitsplätze verschaffen, mit denen das Unternehmen seine Präsenz politisch verankern könnte. Die Fertigung des „Iron Dome“ dort würde Waffen, die von einem israelischen Staatsunternehmen entwickelt wurden und deren Systeme als kampferprobt vermarktet werden, das Label „Made in Germany“ verleihen. Nachdem eine [UN-Kommission](#) zu dem Schluss gekommen war, dass Israel Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen begangen habe, würde der Preis weit über öffentliche Gelder und industrielle Abhängigkeit hinausgehen. Deutschland würde seine Arbeitskräfte, Fabriken und seinen industriellen Ruf in den Dienst der israelischen Kriegswirtschaft stellen.

Zurück nach Osnabrück

Das nahende Ende der Automobilproduktion hat Rafael eine Chance eröffnet, die Militärtechnologie allein nicht hätte schaffen können. Mehr als [2.000 Arbeitnehmer](#) brauchen eine Zukunft. [Niedersachsen](#) will seine industrielle Basis sichern. Berlin will den Ausbau der Verteidigungsindustrie, um Arbeitsplätze zu ersetzen, die in der zivilen Wirtschaft wegfallen. Rafaels Vorschlag trifft genau dort, wo diese Dringlichkeiten aufeinandertreffen.

Die Notwendigkeit, diese Arbeitsplätze zu retten, hilft Rafael beim Einstieg in das Werk. Sobald die Produktion läuft, könnten ebendiese Arbeitsplätze dazu beitragen, das Unternehmen dort zu halten. Wenn Existenzgrundlagen, Zulieferer und öffentliche Investitionen an Rafaels Produktionslinie gebunden sind, wäre eine Einschränkung des Geschäfts nicht mehr nur eine außenpolitische Entscheidung. Es würde deutsche Arbeitsplätze kosten.

In Osnabrück hergestellte „Iron Dome“-Teile könnten das Label „Made in Germany“ tragen. Die Waffe würde weiterhin Rafael gehören, entworfen, im Besitz und unter der Kontrolle Israels stehen. Das Label würde diese Herkunft nicht bloß verschleiern. Es würde einen innenpolitischen Preis mit sich bringen, sollte man die dahinterstehende Beziehung abbrechen.

Dieser Artikel beruht auf einer längeren Recherche, die ursprünglich am 13. Juli 2026 [bei 21st Century Wire](#), einer unabhängigen englischsprachigen Newsplattform für investigativen Journalismus und geopolitische Analysen, erschienen ist. Freddie Ponton hat bereits in einem [früheren Artikel](#) auf den NachDenkSeiten Aspekte dieser Recherche geteilt.

Titelbild: Der Stand von Rafael Advanced Defense Systems (Israel). ILA Berlin Air Show 2024. / Sergey Kohl / Shutterstock

Mehr zum Thema:

[Die VW-Übernahme in Osnabrück durch die israelische Waffenindustrie](#)

[Baden-Württembergs bedenkliche Zusammenarbeit mit Palantir](#)

[Industrieroboter im Dienst des Völkermords](#)

[„Deutschland macht sich damit gemein mit israelischen Verbrechen“ – Interview mit Shir Hever zum deutsch-israelischen Cyberpakt](#)

